

Geschichte Iraks in Stichworten

604-562 v.Chr. Großreich unter König Nebukadnezar III.
331 v.Chr. Alexander der Große unterwirft das Land.
637 Die Region kommt unter islamisch-arabische Herrschaft, ab 762 mit Bagdad als Hauptstadt.
1534 bis 1918 osmanische Herrschaft
1914 bis 1917 Britische Truppen besetzen Basra, Bagdad und weitere Städte.
1921 Irak wird konstitutionelle Monarchie.
1958 sozialistische Revolution und Sturz der Monarchie
1967 Begrenzte Teilnahme am Juni-Krieg gegen Israel.
1968 Militärputsch, der radikale Flügel der Baath-Partei setzt sich durch.
1973 Im Oktober-Krieg gegen Israel schickt Irak Truppenkontingente nach Syrien.
1979 Saddam Hussein wird Ministerpräsident. Große "Säuberungsaktionen" innerhalb der Baath-Partei.
1980 bis 1988 Golfkrieg zwischen Irak und Iran. Nach einigen Anfängserfolgen des angreifenden Iraks gelingt keiner der beiden Seiten ein nachhaltiger Erfolg: 250.000 Tote Iraker.
1988 Großoffensive gegen die Kurden im Norden Iraks mit Giftgaseinsatz gegen Zivilbevölkerung.
August 1988 Waffenstillstand und UNO-Überwachung

August 1990 Irakische Besetzung Kuwaits.

6. August 1990 UN-Sicherheitsrats-Resolution 661 mit bindenden Wirtschafts-sanktionen; Anwendung von Gewalt als legitim bezeichnet.

Januar/Februar 1991 Luftangriffe der Golfkriegs-Koalition auf Irak und Kuwait, Tote unter der Zivilbevölkerung; danach Bodenoffensive.

März 1991 Der Aufstand von Schiiten und rebellierenden Soldaten im Süd-Irak sowie der Kurden in Nord-Irak wird von Regierungstruppen niedergeschlagen; ca. ein bis zwei Millionen Kurden fliehen in die Türkei und nach Iran. Einrichtung einer kurdischen Schutzzone im Norden.

11. April 1991 Offizielles Ende des Golfkriegs. Irak akzeptiert die Bedingungen des UN-Sicherheitsrats.

3. April 1991 Die UN-Sicherheitsrats-Resolution 687 ("Waffenstillstandsres.") enthält u.a. die Auflage zur Beseitigung sämtlicher Massenvernichtungswaffen sowie Raketen über 150 km Reichweite.

August 1992 Nach wiederholten Angriffen des Iraks auf die schiitische Bevölkerung im Süd-Irak Einrichtung einer Flugverbotszone (auch im Norden zum Schutz der Kurden).

Mai 1996 Unterzeichnung der UN-Sicherheitsrats-Resolution

986 ("Öl für Lebensmittel").

Mehrfach auch in den Folgejahren militärische Zwischenfälle wegen den Flugverbotszonen

Mai bis Juli 1997 türkische Militäroperationen in Nordirak wg. Pkk

Oktober 1997 - Dezember 1998 mehrfach schwere Konflikte um UN-Inspektionen u.a. der Präsidentenpaläste und des Baath-Hauptquartiers, zwischenzeitlich Vermittlungen durch UN und Russland; schließlich Ausreise der UN-Inspektoren

27. Dezember 1998 Irakische Aufkündigung der Anerkennung der Flugverbotszonen.

16. Dezember 1999 Verabschiedung der Irak-Resolution 1284 (bei Stimmenthaltung von Frankreich, Russland und China).

20. November 2000 Parade der neu aufgestellten Freiwilligenarmee (mit angeblich 6,5 Millionen Mitgliedern) zur Befreiung Jerusalems

8. November 2002 Verabschiedung von UN-Sicherheitsrats-Resolution 1441 (Vereinfachung des Oil-for-Food-Programms zugunsten Iraks). Wieder UN-Waffeninspektionen eingeführt.

27. November 2002 Arbeitsaufnahme der neuen, mit Resolution 1284 und 1441 eingeführten Waffenkontroll-Mission nach erheblichen amerikanischen Druck.

Wie sicher ist Berlin?

Fortsetzung von Seite 1

Weiter herrschte Einigkeit darüber, dass die Berliner Polizei im Falle eines Krieges im Irak unter Umständen für einen längeren Zeitraum darauf angewiesen ist, vom Bundesgrenzschutz und der Polizei anderer Länder unterstützt zu werden. Für diese Situation trage der rot-rote Senat in Berlin die Verantwortung. Ausgerechnet in der besonders gefährdeten Hauptstadt wurden nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 die Sach- und Personalmittel für die Polizei reduziert, während gleichzeitig in



allen anderen Ländern der akuten Gefährdungslage durch Aufstockung der Polizeietats Rechnung getragen wurde. Die Sicherheitsexperten der Unionsfraktion waren sich mit dem Vorsitzenden der Berliner GdP, Eberhart Schönberg, so

wie den Mitglieder des Abgeordnetenhauses Peter Trapp (Vorsitzender des Innenausschusses) und Frank Henkel (Innenpolitischer Sprecher) darüber einig, dass ein weiterer Personalabbau der Berliner Polizei sich auf die Sicherheitslage in Berlin negativ auswirken müsse. Der Berliner Senat müsse die vorgesehenen Kürzungen im Polizeivollzugsdienst - 2004 allein 500 Stellen - unverzüglich zurücknehmen.

Besonders problematisch sei die Absicht des rot-roten Senates, die Auszubildenden der Berliner Polizei nicht in

den Polizeidienst des Landes zu übernehmen. Es sei geradezu grotesk, wenn angesichts der prekären Haushaltslage in Berlin Millionenbeträge für die Ausbildung hochqualifizierter Polizeibeamter ausgegeben werden, diese Anwärter dann aber wegen der Nicht-

übernahme in andere Länder abwanderten. So Sorge Berlin dafür, dass andere Länder eigene Ausgaben für die Polizistenausbildung sparen können und voll ausgebildete Polizisten quasi zum Nulltarif bekommen.

Chaos im Regierungslager

von Verena Butalikakis

Die letzten Wirtschaftsdaten lasen befürchten, dass das Jahr 2003 für Deutschland zum dritten "Stagnationsjahr" in Folge wird. Führende Wirtschaftsverbände und Forschungsinstitute sprechen von einer "tiefen Konjunkturlaute".

Die Folgen des Abschwungs sind drastische Mehrausgaben für Soziales: Allein im vierten Quartal 2002 mußten aus dem Bundeshaushalt 5,1 Mrd. Euro mehr für die Sozialsysteme bewilligt werden als geplant: die Bundesanstalt für Arbeit schlägt dabei mit 2,3 Mrd. Euro zu Buche, die Arbeitslosenhilfe mit zusätzlichen 1,8 Mrd. ...

Und was macht Rot-Grün? Verharren in Tatenlosigkeit, weil eigene Konzepte fehlen. So wird jeder Vorschlag der CDU/CSU von einzelnen aus dem Regierungslager sofort begierig aufgegriffen und im Rahmen der rot-grünen Ankündigungspolitik vermarktet. Die Folge sind heftige Kontroversen innerhalb des Regierungslagers, die dann öffentlich über die Presse ausgetragen werden.

Zwei Beispiele: Als unser stellv. Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz konkrete Vorschläge zum Kündigungsschutz vorlegt, verkündet Minister Clement, dass im Interesse des

wirtschaftlichen Wachstums über die Lockerung des Kündigungsschutzes zu reden sei. SPD-Fraktionschef Müntefering lehnt dies dann sofort in der Presse kategorisch ab.

Für den Gesundheitsbereich hat die Union ebenfalls wegweisende Vorschläge gemacht, die durch einen konkreten Maßnahmenkatalog unterlegt sind. Ein Hauptpunkt dabei ist: Die Beitragssatz für die gesetzliche Krankenkasse wird auf 13% gesenkt und der Arbeitgeberanteil wird verlässlich festgeschrieben. Damit soll die Wirtschaft - gerade auch der Mittelstand - von den

hohen Lohnnebenkosten entlastet werden. Unmittelbar nach Vorstellung unserer Vorschläge ging der Streit im Regierungslager wieder los: Die stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Schach-Walch erklärt Bereitschaft, über den Unionsvorschlag, den Arbeitgeberanteil "einzufrizieren", zu diskutieren. Das Gesundheitsministerium weist dies empört zurück. Während Clement seinerseits nun auch das Ziel verkündet, die Krankenkassenbeiträge auf 13% zu senken, sieht sich die Gesundheitsministerin gar nicht in der Lage, konkrete Zahlen zu nennen. Einige Tage später erklärt sie dann, sie wolle

"unter 13%" - wie, das sagt sie nicht. Und die Grünen? Sie bestätigen "mal eben", was die Union schon seit Jahren kritisiert. Die Fraktionsvorsitzende Göring-Eckhardt erklärt: "Was die Grünen nicht mehr mitmachen, das sind kleine Reparaturmaßnahmen, die uns über die nächsten Monate retten".

Erkennbar ist schon jetzt, dass unsere Vorschläge das Regierungslager schwer in die Defensive getrieben hat. Chaos auf Grund von Konzeptlosigkeit! Aber wir treiben Rot-Grün schon zum Handeln - nur: wer regiert hier eigentlich?